

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schaltungen nehmen die Reichs- und die Provinzial-Verwaltung an. — Erscheint wöchentlich. — Preis pro Stück 20 Pfennige. — Anzeigenpreis 1 Pfennig die Zeile pro Tag.

Verantwortlich für den Inhalt: Max Kappeler. Druck: Max Kappeler. — Druckort: Auer. — Druckjahr: 1928.

Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1000

Nr. 299

Sonntag, den 23. Dezember 1928

23. Jahrgang

Die Politik der Woche

Reparationsfragen

Nach nahezu zweimonatlichen Verhandlungen ist eine ungeschickte Einigung der alliierten Regierungen mit der deutschen Reichsregierung über die Einberufung des Finanzkommissionsarbeitsausschusses zur endgültigen Regelung der Reparationsfrage erzielt worden. In den Hauptstädten der sechs Mächte soll in den nächsten Tagen eine gemeinsame Verlautbarung veröffentlicht werden. Diese wäre schon erfolgt, wenn sich die Regierung Poincarés hätte darüber klar werden können, wen sie neben dem Gouverneur der Bank von Frankreich, Moreau, als zweiten Vertreter auf die neue Konferenz senden soll. Wenn nicht alles täuscht, ist die Einigung unter den Alliierten nicht vollkommen. Die Italiener und Belgier scheinen verstimmt zu sein.

Der Kampf um Kabul

Über zwei Tage war die Verbindung Kabuls, der Hauptstadt Afghanistans mit der Welt unterbrochen. Die Lage Aman Allahs war in dieser Woche offenbar kritisch. Die Meldungen widersprechen sich größtenteils vollkommen, je nachdem sie aus englischen Quellen oder aus russischen und afghanischen Stellen erfolgten. Engländer und Russen scheinen wieder einmal in Vorderasien im Trüben zu fischen. Inzwischen hat sich Aman Allah tüchtig seiner Haut gewehrt. Ob er sich seinen Thron erneut sichern wird, muß die nächste Woche zeigen.

Brotmangel in Moskau

Im Einzelverkauf herrschte in Moskau während der letzten Tage ein furchtbarer Mangel an Brot, der sich täglich noch verschärfte. Die Sowjetbehörden schieben die Schuld auf das Versagen der staatlichen Getreidezentrale. In mehreren Stadtteilen erfolgten schwere Ausschreitungen. Es herrschte Panikstimmung. Die Brotknappheit droht sich jetzt auch auf den ganzen europäischen Teil der Sowjetunion auszudehnen, sobald bei fortschreitendem Winter eine Hungersnot befürchtet werden muß.

Die Engländer in China

Am letzten Donnerstag empfing Tschang Kai-shek den englischen Gesandten Lampson in feierlicher Audienz, um das Beglaubigungsschreiben des Briten zu übernehmen. Während der Audienz feuerten die britischen Kriegsschiffe auf der Reantinger Reede den Staatsjalous. Ihr Kanonendonner bezeugte die Unterzeichnung des chinesisch-englischen Vertrages, in dem England die Souveränität Chinas im Wesentlichen anerkennt. Das neue Abkommen bedeutet einen Fortschritt zur Befriedung des neuen nationalchinesischen Reiches.

Washington und Genf

Die Monroe-Doktrin spielte auf der Panamerikanischen Konferenz wiederum eine entscheidende Rolle. Von einer Vermittlung des Genfer Bölkerbundes in dem Konflikt zwischen Bolivien und Paraguay wollen die Amerikaner nichts wissen. Wohl bemüht sich Roosevelts Vizepräsident um die Beilegung des Konfliktes, doch zeigte er sich sehr unter dem gegebenen machtpolitischen Verhältnisse darüber bedrückt, daß die Panamerikanische Konferenz die Angelegenheit unter eigener Verantwortung unternommen hat. Die Konferenz selbst fragte in La Paz und Wuncion an, in welcher Form die beiden Regierungen die Friedensvermittlung wünschten.

Daß die Kriegsbegeisterung in Bolivien nicht ursprünglich, sondern „gemacht“ war, beweist die erfreuliche Erscheinung des völligen Abflauens der Kriegsstimmung auf ein Kommando hin. Die Regierung in La Paz wurde nachdenklich, als sie hörte, daß die Nachbarstaaten Brasilien, Argentinien, Chile und Peru sich darauf geeinigt hätten, jede Durchfuhr von Kriegsmaterialien nach Bolivien zu verhindern. Als dann aber der amerikanische Gesandte Kaufmann amtlich erklärte, daß Bolivien auf keinerlei finanzielle Hilfe von Nordamerika rechnen könne, wurde der Krieg sofort abgeblasen.

Hoovers südamerikanische Reise

Der kommende Präsident der Vereinigten Staaten Nordamerikas ist auf seiner Reise in die Staaten Mittel- und Südamerikas bisher überall freundlich aufgenommen worden. Nur in Argentinien gab es in dieser Woche anlässlich seines hohen Staatsbesuches bemerkenswerte Mißstände. Wiederholt mußte die Polizei einschreiten, um öffentliche Kundgebungen gegen Herbert Hoover zu verhindern. Sie vermochte wohl feindselige Plakate zu beseitigen, konnte jedoch nicht alle unliebsamen Zwischenfälle unterdrücken. So hörte denn Hoover wiederholt die Rufe: „Es lebe Sanjino! Es lebe Nicaragua!“

Cotacaz in der Krise

Der Skandal der „Gazette du Franc“ zieht immer weitere Kreise. Als der Untersuchungsrichter den Chefredakteur der Zeitung, Audibert, zu verhören drohte, packte dieser aus. Er erklärte ihm, daß er vor der Übernahme der Chefredaktion im Pariser Auswärtigen Amt zufriedenstellende Auskünfte und zur ersten unter seiner Verantwortung erscheinenden Nummer vom 13. Januar ds. J. einen handschriftlichen Beitrag von Briand erhalten habe. Am 20. Februar hatte Audibert eine fünfseitige Unterredung mit Poincaré, der ihm am 9. April eine handschriftliche Erklärung zugunsten der „Gazette du Franc“ übergab. Diese Aussagen Audiberts sind begrifflicherweise der französischen Regierung sehr unangenehm. Die Verhaftung des Direktors des „Quotidien“, Dumay, und des Hauptredaktors dieser Zeitung, des Ackerbauministers Hennelly wird befürchtet. So zieht der Skandal immer weitere Kreise, falls nicht Poincaré bei Nacht in die Krone fällt.

Die Folgen des Kolmarer Prozesses

Anschlag auf den früheren Generalstaatsanwalt Facht

Auf den früheren Generalstaatsanwalt Facht, der im Kolmarer Autonomisten-Prozess eine große Rolle spielte und später zum Rat am Kassationshof in Paris ernannt worden war, ist gestern früh ein Attentat verübt worden. Um 8 Uhr morgens erschien ein junger Mann, der einen starken Akzent sprach, in der Wohnung Fachts und fragte nach diesem. Als er ablehnenden Bescheid erhielt, ging er fort, kam aber um 9 Uhr wieder. Diesmal wurde ihm von Facht selbst geholfen.

Auf die Frage, ob er wirklich Facht gegenüberstände, antwortete der Befragte: „Jaoh!“ Darauf zog der Besucher einen Revolver und feuerte dreimal auf Facht, der, von zwei Schüssen im Unterleib getroffen, zusammenbrach.

Der Täter ging schnell die Treppe hinab und fragte nach der Hausfrau eine eintrübende Dame, ob sie nicht Revolvergeschosse habe. Sie verneinte und der Unbekannte entfernte sich.

Facht selbst wurde in eine Klinik geschafft und operiert. Die Eingeweide sind an sieben Stellen gerissen.

Facht erklärte dem in seine Wohnung eilenden Polizeikommissar vor der Ueberführung in das Krankenhaus, daß er bereits in Kolmar während des Autonomistenprozesses und nach seiner Übersiedlung nach Paris erhalten habe, in denen man ihm mit dem Tode bedroht habe. Auch in Paris seien ihm, besonders in der letzten Zeit, bedrohliche Zuschriften zugegangen, man nimmt deshalb an, daß es sich um ein politisches Attentat handelt.

Zu dem Attentat berichtet die Agence Havas noch, daß nach der Tat eine Wirtin des Hauses auf der Treppe einen jungen Mann angetroffen habe, der es nicht sehr eilig gehabt habe, den Ausgang zu erreichen. Sie habe ihn gefragt, ob er nicht einen Schuh geholt habe. Er habe erwidert: „Ja, ich glaube, daß im 3. oder 4. Stock sich ein Unfall ereignet hat.“

Die erste am Tatort angestellte polizeiliche Untersuchung hat, abgesehen von den drei Patronenköpfen, einen Brief zu Tage gefördert, der dem Täter in dem Augenblick aus der Tasche gefallen sein muß, als er den Revolver zog. Der Brief lautet:

Herr Generalstaatsanwalt! Ich bitte um eine Zusammenkunft. Ich erwarde Sie im Hotel Roderne, Place de la République. Unterzeichnet ist der Brief: „Eine Freundin.“ Facht selbst soll der Agentur Havas zufolge, als man ihn nach der Tat auf ein Krankbett legte, erklärt haben: „Es ist je-

mand aus dem Elß, der die Tat verübt hat, ich bin verloren.“

Nach einem Wundblut hat man auch einen Schirm auf der Treppe gefunden und zwar zwei Stodworte tiefer, als die Wohnung des Rats beim Kassationshofe liegt. Der elßische Diener Fachts soll nach dem „Intransigeant“ dem Untersuchungsrichter erklärt haben, er glaube, daß es sich um einen Elßländer handele, er könne aber nicht behaupten, daß der Täter mit ihm im elßischen Dialekt gesprochen habe.

Ein merkwürdiger Brief

Gestern abend empfing laut „Vof. Jg.“ der autonomistische Generalrat Dauß, einer der Angeklagten des Kolmarer Prozesses, einen Brief mit ziemlich verwirrten Schriftzügen, der G. V. unterzeichnet war. In diesem Brief steht unter anderem:

„Ich habe die Ehre, Ihnen bekannt zu geben, daß man demnächst versuchen wird, Sie in einen neuen Konflikt zu verwickeln. Dieser Konflikt bin ich ganz allein. Entschuldigen Sie meine Handlung. Ich habe es ausgeführt, weil ich meinem Lande zu dienen glaubte. Nehmen Sie sich meiner Frau und Kinder an, ich werde meine Lage sicher im Gefängnis beenden.“ Auf der Rückseite des Briefes steht geschrieben: „Es lebe Koffe, es lebe Riddin, es lebe Elß-Bohringen, es lebe das Volk!“

Generalrat Dauß teilte diesen Brief sofort der Polizei mit.

Der Täter ein Elßler

Eine Nachricht, daß der Rat am Kassationshof, Facht, schweren Verletzungen erlegen sei, wird durch eine Mitteilung der Polizeipräktur dementiert. Nach dieser Mitteilung befindet sich Facht sogar auf dem Wege zur Besserung.

Bei dem Attentat, der sich der Polizei gestellt hat, handelt es sich laut Havas um einen gewissen George Benoit, geboren am 2. Juni 1900 in Bafburg (Departement Niederelß). Nach seinen Angaben ist er eine Zeit lang in Strasburg Schlächter gewesen und vor einem Monat nach Paris gekommen. Seit längerem hat er nicht mehr gearbeitet, sondern sich auf die Suche nach Facht gemacht. Benoit hat, wie Havas weiter berichtet, bei seiner ersten Vernehmung zugegeben, daß er Autonomist sei und Elß-Bohringen habe rächen wollen. Vor drei Tagen habe er beim Kassationshof sich die Adresse Fachts geben lassen und habe gestern morgen bei ihm vorgelassen.

Der Severing-Schiedspruch

Jahres bis 1930

Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen der Gruppe Nordwest der Eisenindustrie veröffentlichten jetzt den Schiedspruch des Reichsministers Severing, den sie bereits anerkannt haben. Allgemein ist dazu zu sagen, daß der Severing-Spruch den Wünschen der Arbeitgeber in einzelnen Punkten entgegenkommt, so in der Beibehaltung der bisherigen Tarifhöhe, in der schärferen Staffelung der erhöhten Zeitlöhne, die bisher fast durchweg um 6 Pfg. erhöht wurden, jetzt aber von 1 bis 6 Pfg. gestaffelt sind. Bezüglich der Arbeitszeit kommt der Spruch den Forderungen der Arbeitnehmer entgegen, wird doch in manchen Betrieben noch 60 Stunden in der Woche gearbeitet. Er versetzt die Geltungsdauer des bisherigen angefochtenen Schiedspruchs bis Ende 1928. Als ein außerordentliches Ereignis für die ganze Wirtschaft, dem man im Interesse der Beständigkeit des Wirtschaftslebens weiteste Nachsicht wünschen kann, ist anzusehen, daß die Höhe in der neuen Verfügung zum Juni und zum September 1930 kündbar sind, also sozusagen auf zwei Jahre nahezu stabil festgehalten werden.

Wie schon erwähnt, gilt für die Zeit von der Wiederaufnahme der Arbeit bis zum Jahresabschluss die Entlohnung nach dem feststehenden angefochtenen Schiedspruch; die Zeitlöhne werden im neuen Jahr von 60 (bis 80) auf 68 bis 90 heraufgesetzt. Die sozialen und tariflichen Zulagen werden durch die neue Regelung nicht berührt. Die Entlöhne bleiben unverändert. Auch das Lohnabkommen vom 16. Dezember 1927 läuft unverändert weiter, soweit nicht die Riform neu geändert worden sind. Für die Dauer der Arbeitszeit sind die gesetzlichen Vorschriften maßgebend. Für die Thomaschladenmühlen, Eisengießereien usw. sind in bezug auf die Arbeitszeit verschiedene Abkürzungen eingetreten.

Die Reichsregierung gibt eine ausführliche Begründung zu dem Schiedspruch, in dem bemerkenswerterweise Mängel des Schlichtungswesens anerkannt werden. Auf der anderen Seite sind die sehr deutlichen Schlussworte der Begründung von weiterem Interesse: „Die deutsche Wirtschaft und ihr Gedeihen ist nicht eine Privatangelegenheit der Unternehmer, sondern auch Sache der Arbeiter, ja, des ganzen Volkes. Zur Klärung der wirtschaftlichen Lage genügt es nicht, erst zu den Lohnverhandlungen eine Reihe mehr oder weniger nachkontrollierbarer Zahlentafeln von Hüten und Dräben mitzubringen. Den Arbeitgebervertretern sollten auch nicht erst in den Lohnverhandlungen die soziale Lage und soziale Mängel mitgeteilt werden.“

Eine laufende Unterrichtung durch beiderseitige Verständigung ist erforderlich.“

Friede den Hütten

Notwendige Folgerungen

Der deutsche Reichsinnenminister Severing fällt am Freitag früh den Schiedspruch, auf den nicht nur die streitenden Parteien des rheinisch-westfälischen Industriegebietes höchst gespannt waren, sondern den die ganze politische Welt mit größtem Interesse entgegenfiel. Galt es doch hier, wirtschaftliche und soziale Entscheidungen ganz einzigartiger Natur zu fällen. Er sollte, ohne an den Schiedspruch des Reichsarbeitsministeriums gebunden zu sein und unbekümmert um den Rechtsstreit, ob dieser Schiedspruch gültig ist oder nicht, auf Grund eigener Studien der sozialwirtschaftlichen Verhältnisse in der Schwerindustrie und auf eigene Verantwortung hin einen Schiedspruch auf längere Dauer fällen und damit einen Tarifvertrag schaffen, der für die nächste Zeit an die Stelle des zusammengebrochenen Tarifvertrags zu treten hätte.

Dieser Schiedspruch ist am Freitag in Dortmund gefüllt worden, nachdem zuvor die Unternehmer und Arbeiter sich freiwillig verpflichtet hatten, dem Schiedspruch Severings Folge zu leisten. Um es kurz zu sagen, der Schiedspruch Severings für die Eisenindustrie bringt eine Belastung der Wirtschaft durch die neue Regelung der Löhne und der Arbeitszeit, er enthält auch, wie versprochen war, einen neuen Tarifvertrag mit langfristiger Festsetzung und neuartigem Kündigungsrecht, er erfüllt aber auch nicht alle Wünsche der Metallarbeiter, sondern geht selbständig seine eigenen Wege. Der alte Schiedspruch wurde in der Accordlohnfrage völlig fallen gelassen, weil offenbar Severing über die Accordarbeit grundsätzlich andere Auffassungen vertritt, als die früheren Schlichter. Der Reichsinnenminister gewährte dagegen bestimmten Arbeitergruppen, deren Arbeit besonders große physische Anstrengungen erfordert, Bestätigung ihrer Arbeitszeit, wie an anderen Arbeitergruppen, die